

Migrationsminister von Thüringen schließt Zelt-Notlager nicht aus

08.08.2015 - 05:01 Uhr

Suhl. In Suhl warben Demonstranten für ihre Initiative eines Heims für kurdische Kriegsflüchtlinge.



Die Teilnehmer des Protestmarschs, organisiert vom Sommer-Jugendcamp der Jugendorganisation Rotfüchse der MLPD, demonstrierten für eine bessere Unterbringung der Flüchtlinge in Suhl und ganz Deutschland. Foto: Alexander Volkmann

Suhl. Seit anderthalb Monaten lebt der junge Mann im Suhler Flüchtlingsheim. Seinen Namen will er nicht nennen, er stammt aus Rojava. So nennen die Menschen dort den kurdischen Teil im syrischen Norden. Afra, seine Heimatstadt, ist keine 150 Kilometer von Kobane entfernt.

Jetzt ist er ein Flüchtling in Suhl und was er an diesem Nachmittag im Suhler Stadtpark von den Verhältnissen im Heim erzählt, klingt nicht gut. Überfüllte Zimmer, die Atmosphäre nach den Vorgängen der vergangenen Tage angespannt.

Von den Debatten in Deutschland um die vielen Flüchtlinge und der Frage, wo sie unterzubringen sind, hat er nicht viel mitbekommen, sagt er. Er wisse nur, dass für Menschen wie ihn, geflohen aus Krieg und Schmerz, wie er sagt, ein solcher Ort nicht gut ist.

Später wiederholt er das mit einem Mikro in der Hand vor etwa 30 Demonstranten, die sich im Park versammelt haben. Zumeist Jugendliche, Kinder sind dabei, es sind Teilnehmer eines Jugendcamps der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD), das in der nahen Ferienanlage im Waldgrund bei Truckenthal Quartier bezogen hat.

Dass sie den syrischen Flüchtling eingeladen haben für ihren kleinen Demonstrationszug zum Rathaus, hat einen Grund. Sie werben an diesem heißen Nachmittag für ein Projekt, das sich angesichts der Aufnahme-not in den Kommunen zunächst nicht schlecht anhört.

In einem leer stehenden Gebäude im Ferienpark will eine, der MLPD nahe stehende Initiative, ein Flüchtlingsheim einrichten. Etwa 70 Betten in 23 Zimmern. Dazu eine Betreuung, die den Bedürfnissen der Flüchtlinge gerecht wird, wie der Geschäftsführer des Ferienparks, Johannes Rupprecht, erklärt.

Mit Gelegenheiten zur Begegnung, mit sprachkundigen Betreuern die sich in Kultur und Bedürfnissen der Flüchtlinge auskennen. In Anlehnung an die dem Projekt nahestehende Partei könnte man auch sagen: ein Flüchtlingsheim neuen Typus.

Man habe bei der Bevölkerung geworben und sei auch auf Zustimmung gestoßen, versichert

Rupprecht und spricht von etwa 400 Unterschriften auf einem Unterstützerbrief, die allein aus der Region kommen.

„Wir können das schaffen“, erklärt er, weil wir gute Kontakte zu kurdischen Vereinen haben, die uns unterstützen würden. Denn das ist die Besonderheit des Projektes und gleichzeitig seine Problematik: Im Heim sollen nur kurdische Kriegsflüchtlinge aus Syrien und dem Irak unterkommen.

Für das Landratsamt und die Landesregierung, der man das Projekt antrug, ist das nicht akzeptabel, so Rupprecht und er beklagt die erhaltene Ablehnung. Man werde trotzdem aus eigener Kraft mit der Sanierung weitermachen, kündigt er an.

Mietvertrag für Gera ist unterschrieben

Unterdessen hat das Land den Mietvertrag für das Objekt in Gera unterschrieben. Nach jetzigem Stand ist geplant, dass im Oktober die ersten Flüchtlinge dort einziehen. Einen konkreten Tag nannte das Migrationsministerium auf Anfrage jedoch nicht. Nach Angaben der Stadtverwaltung in Gera liegt bislang kein Bauantrag vor, um bauliche Veränderungen an dem Gebäude vornehmen zu können. Hauptsächlich beim Brandschutz müsse einiges getan werden, erklärte ein Stadtsprecher.

Derweil bereitet der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt den Umzug von Flüchtlingen in das leer stehende Krankenhaus in Rudolstadt vor. Nach Angaben einer Sprecherin soll ein Teil des Gebäudes in der kommenden Woche als Unterkunft zur Verfügung stehen. Bislang sind Flüchtlinge im Bildungszentrum in Rudolstadt einquartiert. Das alte Krankenhaus mit einer Kapazität von zunächst 200 Plätzen war ursprünglich als Erstaufnahmestelle im Gespräch. Nach Angaben des Landkreises könnte ein weiterer Gebäudeteil als Unterkunft dienen.

In der Erstaufnahmestelle in Eisenberg sieht die Stadt die Grenzen der Kapazität erreicht. Das Gebäude sei überbelegt, selbst Aufenthaltsräume seien mit Betten ausgestattet, berichtete der Erste Beigeordnete der Stadt, Götz Witkop (parteilos). „Die Stadt kann lediglich Hilfe und Gespräche anbieten, mehr nicht.“ Ohnehin gebe es bei der Wohnungsgesellschaft kaum Leerstand. In der Einrichtung sind aktuell 604 Flüchtlinge untergebracht. Für 521 Personen ist das Gebäude ausgelegt.

Migrationsminister Lauinger schloss nicht aus, Not-Erstaufnahmehlager zu schaffen oder Flüchtlinge in Containern und Zelten unterzubringen. Ziel müsse sein, innerhalb der nächsten ein bis zwei Wochen die Zahlen in Suhl nach unten zu bringen. In der für 1200 Menschen ausgelegten Einrichtung leben aktuell 1800 Flüchtlinge.

Elena Rauch / 08.08.15 / TA
ZOR0010226240